

Schlagabtausch von Befürwortern und Gegnern der freien Schulwahl

Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) lehnt eine freie Schulwahl vehement ab. Sie würde zu unlösbaren Problemen führen und den Kindern schaden, sagte Aeppli an einem Podium.

Von Roger Keller

Zollikon. – Die freie Schulwahl bewegt nicht nur Pädagogen, sondern auch viele Eltern. Wie kontrovers die von der Elternlobby angestossene Diskussion verläuft, zeigte sich gestern Donnerstagabend an einem Podiumsgespräch in Zollikon: Viele Lehrpersonen und Eltern mischten sich engagiert in das vom Publizisten Peter Haerle geleitete Gespräch ein.

«Viele Eltern sind verunsichert. Es fehlt ein qualitativer Wettbewerb. Schulwechsel müssen möglich sein», forderte FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger: Es stimme etwas nicht, wenn 41 Prozent der Kinder eine sonderpädagogische Massnahme brauchen. Schon heute gebe es «eine Zweiklassengesellschaft», weil immer mehr vermögende Eltern ihre Kinder in Privatschulen schicken. «Wir wollen nur die Wahlfreiheit», sagte Margarita Müller von der Elternlobby, die auch im Kanton Zürich eine Volksinitiative plant: «Es macht doch keinen Sinn, die Schulen zu reformieren, wenn man nicht wählen kann.»

Dem trat Bildungsdirektorin Regine Aeppli engagiert entgegen: «Wir wollen

nicht, dass es in diesem Kanton schlechte Schulen und reiche Schulen gibt. Alle Kinder sollen auf dasselbe Angebot zugreifen können.» Die Verlässlichkeit und Nähe der Schulen seien wichtig, und die sonderpädagogischen Angebote seien im Gegenteil ein Argument für die öffentlichen Schulen, weil die Kinder so bestmöglich individuell gefördert würden. «In der Schule muss man auch Frustrationstoleranz üben», sagte Aeppli, «im Leben wird einem auch nicht jeder Wunsch erfüllt.» Die allermeisten Eltern seien mit der Schule «sehr zufrieden», relativierte Lilo Lätzsch, die Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes.

Besonders umstritten war die Frage, wie die Auswahl bei einer freien Schulwahl in

der Praxis funktionieren soll. «Man redet unter Eltern miteinander», beschrieb Margarita Müller die Meinungsbildung: «Die Mund-zu-Mund-Propaganda funktioniert sehr gut.» Filippo Leutenegger meinte, eine gute Schule lasse sich durch Recherchieren herausfinden. Er sah auch «kein Problem», wenn eine Schule überrannt werde: «Dann gibt es eine Warteliste.» Oder man müsse

halt das Schulhaus ausbauen. Regierungsrätin Regine Aeppli warnte: «Was machen Sie, wenn sich in einer Gemeinde ein Schulhaus entleert und das andere überlaufen wird?» Dann müssten Klassen zusammengelegt werden, was zu einem Aufruhr nach dem anderen führen würde. Zudem warnte Aeppli auch vor Mehrkosten: Auf Grund von Schätzungen im Kanton Baselland würden sie im Kanton Zürich rund 80 Millionen Franken pro Jahr betragen.

«Wir wollen nicht,
dass es in diesem
Kanton schlechte
Schulen und reiche
Schulen gibt.»

REGINE AEPPLI